



# DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 €

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

November 11/2008

## Faschismus ist keine Meinung

Eine interessante Entwicklung bahnt sich im Stephaniviertel an. Nachdem das Bremer Bündnis gegen Rechts und die Aktion Ladenschluss begonnen haben, das Treiben im und um das Ostendorf-Geschäft «SPORTSFREUND» unter die Lupe zu nehmen, haben aufmerksame Anwohner und Geschäftsleute gemeinsam mit Kirchengemeinde und Volkshochschule einen Runden Tisch für die Rote Karte gegen diesen Naziladen gegründet. Am 25. September trafen sie sich mit interessierten Bremer BürgerInnen im Bambüdel, in der Volkshochschule, um Vorträge von Carsten Neumann (Standpunkt Bremen) und Andrea Müller (Lidice-Haus) über Rechtsextreme Jugendstrukturen zu verfolgen und dazu zu diskutieren. Dr. Udo Witthaus, der Leiter der Volkshochschule, betonte eingangs die Wichtigkeit dieser beobachtenden kritischen Tätigkeit in diesem ehemaligen jüdischen Arbeiterkaufhaus. Die Beschäftigung mit dem Thema sieht er als Verpflichtung gegenüber dem Erbe Julius Bambergers an.

Carsten Neumann zeigte die Gefährlichkeit und den Grad der Ausbreitung neofaschistischer Strömungen im Bremer Umland. Ihre Zahlenspiele auf der Kleidung, das Verdrehen jedweder Jugendmusikkultur und die Beteiligung an sozialen Netzen von der Freiwilligen Feuerwehr über ehrenamtliche Jugendarbeit bis hin zur Teilnahme an Volksfesten und sportlichen Aktivitäten zeigen deutlich ihre Bemühung, in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen und sich als Ideengeber in der heutigen sozialen Situation einzugraben und zu verfestigen. Faschismus ist aber keine Meinung. Wenn sie bis weit ins bürgerliche Spektrum Zustimmung erhalten für Anträge, des 11. Septembers (1944!) zu gedenken, ohne dass den Liberalkonservativen klar ist, dass sie damit der Erschießung amerikanischer Kriegsgefangener durch die Waffen-SS in der Ardennenoffensive 1944 Beifall zollen, dann zeigt dies erschreckend, wie stark der Geschichtsverlust in unserer Gesellschaft bereits fortgeschritten ist. Verstärkt verbreiten nationale Kampfgemeinschaften in ihrer Form der Globalisierungskritik die Lüge, die Bundesrepublik sei besetztes Land, regiert von der Wallstreet. Die Bundesregierung wird als jüdisch gesteuerte Verwaltung verunglimpft. Antisemitismus

und Rassismus haben ihre Erscheinungsform geändert, sind der Sprache und den Ausdrucksformen der heutigen Zeit angepasst worden. Ein Verbot der NPD als der sammlungsfähigsten Gruppe im faschistischen Spektrum sieht auch Carsten als sinnvoll an, da somit ihre Zahlungsfähigkeit und politische Agitationsfreiheit eingeschränkt werden kann. Längst jedoch haben sie begonnen mit einem vielfältigen Vertriebsnetz gesellschaftliche Nebenstrukturen aufzubauen, können ihre Aktivisten existentiell absichern.

Andrea Müller zeichnete nach, wie besonders junge Menschen in den Bann neofaschistischer Strukturen geraten können. In einer gesellschaftlichen Umbruchsituation werden häufig Wertvorstellungen der Großelterngeneration unkritisch aufgegriffen. Der Rückzug staatlicher Strukturen aus dem öffentlichen Bereich, Schließung der Jugendzentren, die Verstärkung der sozialen Trennung in arm und reich, die festgefahrene Perspektivlosigkeit großer Teile der Jugendlichen bahnen den Weg

zum Aufgreifen von vermeintlich einfachen Lösungswegen. Hier lässt sich Anerkennung gewinnen, hier wird man vermeintlich ernst genommen, zum ersten Mal hört Jemand zu. Mehr und mehr werden sie durch Mutproben in Aktivitäten verstrickt, aus denen sie sich nur schwer herauslösen können. Eine neue Qualität offensiven Auftretens war der Angriff auf 7 Einrichtungen in 10 Februartagen (z.B. Lidicehaus, Infoladen, Uthofstraße). Noch stehen im Mittelpunkt gewaltsame Angriffe gegen Einrichtungen, gegen Gebäude. Noch bleibt es bei Drohgebärden. Angriffe auf Personen gibt es bereits, 10 Tote jedes Jahr bundesweit, Steckbriefe und Drohanrufe, eher nicht in Bremen. In der Diskussion wurde deutlich, dass es im ersten Schritt darum geht Zivilcourage zu erweisen, nicht wegzuhören oder wegzusehen, wenn Einzelne laut Nazi-Parolen äußern oder in der Bahn Menschen mit rassistischen Sprüchen anfallen. Faschismus ist eben keine Meinung.

Raimund Gaebelein

## Reingefallen

Der Bremer Anzeiger (BA) hatte Mitte August eine Annonce von [www.90min.de](http://www.90min.de) geschaltet. Wie sich schnell herausstellte, gelangte man durch ein direktes Weiterleiten auf die Seite [www.sieg-oder-spiel-abbruch.de](http://www.sieg-oder-spiel-abbruch.de) des Bremer Nazi-Hooligans Martin Elser in Bremen-Hastedt. Dieser sieht seinen Laden als Anlaufpunkt für den „*erlebnisorientierten Fußballfan*“. Elser gehört zu dem Umfeld der Gebrüder Ostendorf (Hannes - Nazi-Hoolband „KATEGORIE C - HUNGRIGE WÖLFE“, Hendrik - FAP, NF, JN und NPD-Aktivist, Marten - Nazi-Klamottenladen «SPORTSFREUND»).

Der BA wurde sofort über Elser und das Umfeld informiert. Doch die Anzeige tauchte wieder im BA auf. Als ich daraufhin eine „böse“ eMail schickte, meldete sich der Geschäftsführer prompt. Er sprach von einem „*technischen Fehler*“, dass die Anzeige erneut gebracht wurde. Doch er gab auch offen zu, dass der BA auf Elser „*hereingefallen sei*“ und versprach Besserung. Direkt nach der Antwort brachte die Zeitung die Werbeanzeige noch einmal. Letztendlich hat der BA am 17. September

doch noch eine gute Ankündigung zur Veranstaltung mit Andrea Müller und Carsten Neumann im Bamberger (VHS) gebracht. Auch dort bekannte sich der BA zu dem Fehler. Also ist Hopfen und Malz doch noch nicht verloren.

Gerold Fleßner

## Pogromnacht

Für Montag, 10. November, ruft der Beirat Gröpelingen zu einer Mahnwache am 70. Jahrestag der Pogromnacht auf. Der halbstündigen Mahnwache **um 17:00 Uhr** am ehem. Jüdischen Altenheim an der Gröpelinger Heerstraße 167 folgt ein Gedenkgang vorbei an den Stolpersteinen für die 1942 nach Theresienstadt deportierten Bewohner des Anbaus an der Buxtehuder Straße 9 und zu den Stolpersteinen für die jüdische Kaufmannsfamilie Hermann Littmann vor der Johann-Kühn-Straße 24 zur Stadtbibliothek West in der Lindenhofstraße.  
Es sprechen Barbara Wulff und Raimund Gaebelein (beide Beirat Gröpelingen).

# Bunker Farge als Denkort erhalten

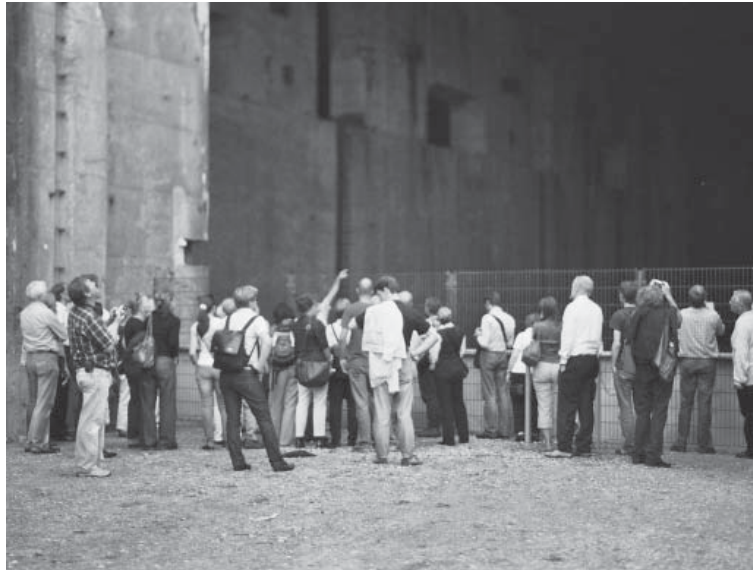
Ein hochkarätiges und sehr informatives bundesweites 50. Gedenkstättenseminar mit 120 Teilnehmern fand vom 11. bis 13. September in Bremen statt. Der erste Tag war bestimmt vom Besuch der Ausstellung „DenkOrt Bunker Valentin - Marinerüstung und Zwangsarbeit“ und der umgebenden Lagerlandschaft.

Möglicherweise wurde der Besuch auch von der Überlegung mitgetragen, die Rolle der Bundeswehr müsse im Interesse einer weiteren Nutzung des Bunkers als Mahnstätte von internationaler Bedeutung stärker hervorgekehrt werden. Vielleicht erhofften die Veranstalter, dass die Bundeswehr die Sicherung der Anlage auch über Ende 2010 hinaus wahrnehmen werde. Die Medien stellten deutlich die Haltung Bürgermeisters Böhrnsens heraus, die er auch zur Abschlussveranstaltung bekräftigte: Nicht geschenkt, nicht für einen symbolischen Wert will Bremen den Bunker übernehmen. Die Bundesregierung darf sich ihrer Verantwortung nicht entziehen, dafür ist Bremen bereit, über einen Zeitraum von vier Jahren die notwendigen Mittel bereitzustellen, um ein tragfähiges Gedenkstättenkonzept bereitzustellen. Verteidigungsministerium und Finanzministerium ver-schlossen sich bislang solchen Überlegungen, die einen, weil sie ja gehen, die anderen, weil sie noch nicht übernommen haben. Dennoch wurde der Bunker bereits in Anzeigen zum Verkauf angeboten. Geschmacklos angesichts des zehntausendfachen Schicksals von KZ-Häftlingen, Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen, Schutzhäftlingen. Verstärkt sollte der Senat m.E. darangehen, die anteilige Beteiligung der bremischen Wirtschaft an den Kosten einzufordern, die ja durchaus nicht schlecht vom Einsatz von Zwangsarbeitern profitierte. Das könnte in die Gründung einer landesweiten Stiftung einmünden.

In Vorträgen und Arbeitsgruppen wurden in den beiden folgenden Seminartagen der Wahnwitz und Größenwahn des U-Booteinsatzes und die Entstehung der Rüstungslandschaft dargestellt. Thematisiert wurden Möglichkeiten im Medieneinsatz, dank einer ausgezeichneten dokumentarischen Lage. Diskutiert wurden Architektur, Technikbegeisterung, Quellenlage und Bibliographie. In der Abschlussveranstaltung stellte der Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Detlef Garbe, in zehn Punkten noch einmal die Notwendigkeit dieses Gedenkortes heraus, für die Vermittlung der Dimension faschistischen Verbrechens

an die nachkommenden Generationen als stetige Mahnung, für die Nachkommen der

hier eingesetzten KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen, Schutzhäftlinge als Erinnerung und Begegnungsmöglichkeit.



Die Teilnehmergeuppe vor dem Bunker Farge

Dabei sei der gesamte Gedenkbereich einzubeziehen, über die unmittelbaren Lagerstandorte hinaus. Möglichkeiten und Bereitschaft zur Erinnerungsarbeit seien in den vergangenen Jahren eher gewachsen. Die Kostenvorstellung von 700.000 EUR jährlich für den Erhalt sei deutlich überhöht, es gehe um eine Gedenkstätte, nicht um die Sicherung einer militärischen Anlage. Gefordert seien nun wissenschaftlicher Austausch und Kooperation, darin liege auch eine Chance. Nun liegt es an Bremen ein tragfähiges Gedenkstättenkonzept zu entwickeln.

Raimund Gaebelein

## Danke für den Oktober-BAF

Ich muss mich aber zu dem Artikel über die Emslandlager, insbesondere Esterwegen wundern. Natürlich ist es schön, dass es dort jetzt ein Dokumentationszentrum gibt, dass es einen Menschen gibt, der Fragen beantwortet. Das war aber nicht immer so. Es waren nicht Studenten in den 70er Jahren, die sich um die Gedenkstätte kümmerten. Diejenigen, die bereits in den frühen 60er Jahren im Emsland das (Ver-)Schweigen und Vertuschen aufgebrochen haben, waren junge Aktivisten der niedersächsischen DGB-Gewerkschaftsjugend. Sie haben direkt neben dem Weg zum Gräberfeld einen Gedenkstein errichtet. Insbesondere durch landesweite Veranstaltungen des DGB (u.a. mit dem ehem. DGB Vorsitzenden Oldenburgs und Verfolgten des Naziregimes, Erwin Fritzsche, Oldenburg), z.B. am Antikriegstag (01.09.) der Jahre 1978 und 1979, im Rahmen der Ossietzky-Tage der Ossietzky Gesellschaft, der Uni Oldenburg und dem Deutschen Bundesjugendring, zur Verleihung der Ossietzky Medaillen an Willy Bleicher (Ehrenmitglied der VVN, Buchenwald Häftling und legendärer Bezirksleiter der IG Metall Stuttgart) und dem ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Simon, richtete die niedersächsische Gewerkschaftsjugend eine Gedenkveranstaltung mit Willy Bleicher auf Gedenkstättenengelände von Esterwegen aus und war Hauptträger des Jugendcamps in der Universität Oldenburg. Willy Bleicher wies in seinem Referat u.a. auf seine VVN-Funktionen hin. Im Jahre 1978 eher eine mutige Ausnahme. Es war insbesondere die internationale Beteiligung an diesen Ossietzky-Tagen,

die Bekanntheit des Esterwegen-Häftlings Carl von Ossietzky, der anhaltende politische Druck, der dann dazu führte, dass in den 80er Jahren die niedersächsische CDU-Landesregierung beschlossen zuerst die ständige Pflege der Gedenkstätte (das war damals das Gräberfeld) sicherzustellen und später ein ständiges Dokumentationszentrum einzurichten. Schlussendlich gelang es darüber hinaus auch der Universität Oldenburg, den Namen Carl von Ossietzky Universität offiziell zu verleihen. Nichts für Ungut, wollte Euch das der Vollständigkeit nur mitgeteilt haben.

Klaus Busch

## Workshop in der Bürgerschaft

In der Bremischen Bürgerschaft fand am 30. September ein sehr informativer Workshop zur „STRATEGIE IM UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN MANDATSTRÄGERN IN BEIRÄTEN UND PARLAMENTEN“ statt. Schon in den Begrüßungen wurde deutlich, dass Bremen keine Insel darstellt. Der Überfall im Ostkurvensaal des Weserstadions und die 21jährige Präsenz der DVU in der Bürgerschaft bezeichnen die Wichtigkeit des Themas, wie Olaf Kretschmar (Radio Bremen) es kennzeichnete. Bürgerschaftspräsident Christian Weber verwies darauf, dass bereits vor 41 Jahren die NPD mit über 8,8 % der Stimmen diffuse Ängste bei Wählern weckte.

weiter auf Seite 3

# Zentrum der Erstarrung

Es wird immer noch um das „ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN“ gestritten. Ist Berlin der richtige Standort oder sollte es vielleicht Danzig sein, wie Polens Premier Tusk vorschlug. Dabei hat der Bund der Vertriebenen (BdV) schon ein „Zentrum der Erstarrung“ in Wiesbaden. Egal wo es in Deutschland gebaut wird, es bleibt ein Affront für den Rest Europas. Erika Steinbach (CDU), ihres Zeichens Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen und Mitglied der Landsmannschaft Westpreußens, möchte den Alleinanspruch für das Vertriebenensein für die Deutschen geltend machen. Dabei muss sich Frau Steinbach immer mit dem Vorwurf plagen gar keine Vertriebene zu sein. In Jahre 1943 erblickte sie, damals noch Erika Hermann in Rumia (seinerzeit Rahmel, südwestlich von Danzig), als Tochter eines rein zufällig dort stationierten Wehrmachtssoldaten der Luftwaffe, das Licht der Welt. Der Geburtsort des Vaters, Wilhelm Karl Hermann, war Hanau, der

der Mutter, Erika Hermann (geb. Grote), Bremen. Ihr Rechtfertigungsversuch denn wenigstens ein klein wenig vertrieben zu sein, wirkt hilflos. Geschmacklos ist daher ihr Vergleich, dass man kein Wal sein müsse um sich für Wale einzusetzen. Der BdV wolle „*Stachel im Fleisch*“ der Politik sein, hatte Erika Steinbach beim Amtsantritt gesagt. Sie ist eher der Stachel in den Deutsch-Europäischen Beziehungen.

Jetzt stellt sich die Frage, soll Erika Steinbach, umstrittene Initiatorin des Zentrums gegen Vertreibungen, Mitglied im neuen Stiftungsbeirat werden? Der Entwurf für das Stiftungsgesetz von Kulturstaatsminister Bernd Neumann sagt lediglich, dass außer Vertretern der Regierung, des Bundestages und der Kirchen noch „*drei Mitglieder durch den Bund der Vertriebenen e.V.*“ benannt werden können. Ob es wechselnde Mitglieder sind, entzieht sich meiner Kenntnis, schließlich ändern sich die

Zusammensetzungen der genannten „Gremien“ ständig. Wird Steinbach Mitglied, muss Polens Premierminister Tusk toben sonst kann er den Hut nehmen. Man könne ihr ja das Bundesverdienstkreuz verleihen, wenn sie auf den neuen Stiftungsrat verzichtet, schlägt Merkel vor. Dazu stellt sich die Frage, wer im neuen Beirat sitzen soll. Im jetzigen Wiesbadener „Wissenschaftlichen Beirat“ der Stiftung sitzen u.a. Leute wie Anulf Baring (Hysteriker, Autor im Naziblatt „Junge Freiheit“), Hilmar Kopper (ehem. Vorstandssprecher der Deutschen „Peanuts“ Bank) und Michael Wolfssohn (ultrarechter Politologe Marke Jesse/Backes).

Vielleicht sollte man die Entscheidung, ob es überhaupt ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ geben soll, ins 22te Jahrhundert verlegen oder es in den Sudan aufbauen.

**Gerold Fleßner**

## Zu den Wahlen am 28. September

Die einen nannten die Ergebnisse dieses Wahlsonntags eine Katastrophe (CSU verliert in Bayern 17% - die CDU bei den Kommunalwahlen in Brandenburg 8%). Die anderen (SPD) versuchten ihr Abschneiden schön zu reden und die „kleineren“ Parteien freuten sich über beträchtliche Zugewinne. Wie sind die Ergebnisse für uns Antifaschisten einzuschätzen? Ich möchte vor allem zwei Dinge hervorheben.

Ganz zuerst: Die neonazistischen Parteien NPD und DVU kamen - abgesehen von einigen örtlichen Erfolgen - in Bayern wie in Brandenburg auf weit unter 5 %. Die Verluste von CSU und CDU sind eine herbe Niederlage für die rechtskonservativen Kräfte in diesen Parteien und deren

politischen Kurs.

Zweitens: Das Abschneiden der Linkspartei, die in Bayern und Brandenburg beachtliche Zugewinne erzielte und in Schwerin in einer Stichwahl die Position der Oberbürgermeisterin gewinnen konnte. Damit wurde die einzige relevante parlamentarische Kraft gestärkt, die für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und anderen Einsatzgebieten außerhalb Deutschlands eintritt und die Forderung einer breiten Mehrheit der Bevölkerung nach dem Verbot der NPD und aller neonazistischen Organisationen und Gruppierungen unterstützt.

Die Ergebnisse des 28. September machen

meiner Ansicht nach deutlich: die politische Landschaft ist in Bewegung geraten. Antifaschistisch-demokratische Positionen sind gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen. Wir sollten das als Ansporn für die außerparlamentarische Arbeit begreifen und für die Fortführung unserer no-npd-Kampagne im kommenden Jahr nutzen.

**Herbert Breidbach**

## Auslandseinsätze

Die 76 getöteten Afghanen (dpa-Bericht vom 23.08.) sind ein weiteres Signal, endlich den Krieg gegen dieses Land und seine Menschen zu beenden und den Abzug der Invasionstruppen, auch der deutschen, einzuleiten. In diesem siebenjährigen Krieg wurde keines der vorgeblichen Ziele erreicht. Im Gegenteil: Bin Laden lebt immer noch, die Taliban sind auf dem Vormarsch! Gewalt, Terror und Drogenhandel prägen den Alltag. Warlords und Drogenbarone herrschen in vielen Regionen. Täglich sterben 600 Kinder unter fünf Jahren, alle 29 Minuten stirbt eine Frau bei der Geburt eines Kindes. Die durchschnittliche Lebenserwartung sank auf 43 Jahre. Die Bundesregierung hat zwar den zivilen Aufbau zum Schwerpunkt ihrer Politik erklärt, stellt aber dafür immer noch viel weniger Euros zur Verfügung als fürs Militär. Im Herbst diesen Jahres will die CDU-SPD-FDP-Grünen-Mehrheit des Bundestages die Entsendung von weiteren 1.000 Soldaten nach Afghanistan beschließen. Nur die MdBs der LINKEN werden so abstimmen, wie es die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wünscht. Die haben laut einer ARD-Umfrage schon deutlich Nein zu Auslandseinsätzen gesagt, mit 86 Prozent.

**Ernst Busche**

### Workshop ....

Mit ausführlichem Zahlenmaterial zeigte Jürgen Wayand, der Leiter des Statistischen Landesamtes, nach, welches Wahlverhalten dazu führte, dass erst die NPD, dann die DVU über Bremerhaven in die Bürgerschaft gelangten. Wenn heute von den horrenden Wahlergebnissen für die NPD in Sachsen und Mecklenburg gesprochen werde, so dürfe man nicht vergessen, dass sie bereits mit den Bürgerschaftswahlen 1967 ein unrühmliches Signal gesetzt hatte. So sehr sie um Abgrenzung bemüht sind, sind auch die REPs als rechtsextreme Partei einzustufen. Wayand schilderte ausführlich die schillernde Entwicklung rechtspopulistischer Gruppierungen wie der extrem recht gewandelten Deutschen Partei, deren Bremer Vorsitzender Fritz Thielen 1964 Gründungsvorsitzender der NPD wurde, der Schillpartei und ihres Ablegers Bremen in Wut, der Konservativen Siegerists. Die Wahl rechtsextremer Parteien wird begünstigt durch

überproportionale Erwerbslosigkeit, Volks- oder Hauptschulabschluss, mangelnde öffentliche Infrastruktur und hohen Migrantenanteil. Das findet sich nach Untersuchungen Jürgen Dinses von 1991 insbesondere in alten Arbeitervierteln und Geschosswohnungsbau.

Mecklenburg-Vorpommerns Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider schilderte die Erfahrungen im Umgang mit der NPD, die es sichtlich auf Provokation anlegt, wenn entsprechend Öffentlichkeit gesichert ist. An Ausschussarbeit zeigen sie sich wenig interessiert, an den Geldern schon. Ihre sozialpolitischen Anträge klingen stark nach Göbbels Rhetorik. Im Landtag beantworten sie Ordnungsrufe mit persönlichen Drohungen. Auf dem Land versuchen sie sich als Kümmerer darzustellen. Verstärkt wird in Schulen Aufklärungsarbeit dagegen geleistet. Auch der CDU-Innenminister, Lorenz Caffier, fordert inzwischen ein NPD-Verbot.

**Raimund Gaebelein**

# Weitere Termine im November

**Dienstags, 04., 11. und 18.**

**November, jeweils um 19:30 Uhr**

**“GESPRÄCHSREIHE”**

Gesprächsreihe über die „Entjudung“ der Kirche im Nationalsozialismus in der St. Stephanigemeinde aus Anlass des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht. Neben der Vorstellung des in Eisenach angesiedelten Instituts wird auch die damalige Situation der Bremer Evangelischen Kirche thematisiert. Leitung Pastor Friedrich Scherrer.

**Donnerstag, 06. November,**

**um 17:00 Uhr**

KUNDGEBUNG ZUR ERINNERUNG AN DEN 70. JAHRSTAG DER POGROMNACHT VOM 09./10. NOV. 1938 GEGEN JÜDISCHE MITBÜRGER  
Ort: Jacob-Wolff-Platz, Bremen-Aumund  
Vorher gibt es um 16:30 Uhr einen Gedenkgottesdienst in der ev. Kirche Alt-Aumund  
Veranstalter: Internationale Friedensschule Bremen, Beirat des Ortsamtes Vegesack und ev. Kirche Alt-Aumund  
Weitere Veranstaltungen sind bei der Internationalen Friedensschule zu erfragen (gerdmeyer@friedenschule-bremen.de).

**Samstag, 08. November,**

**um 14:00 Uhr**

**“STADTSPAZIERGANG”**

Das November-Pogrom von 1938 in Bremen. Mit Joachim Bellgardt ab Obernstraße/Ecke Sögestraße

**Mittwoch, 12. November,**

**ab 19:00 Uhr**

**“DIE POGROMNACHT 1938 IN BREMEN”**

Ausstellung im Zucker / Nook, Friedrich-Rauers-Straße 10

**Mittwoch, 12. November,**

**um 20:00 Uhr**

**“DIE FEUERPROBE”**

Filmvorführung im Zucker/Nook, Friedrich-Rauers-Straße 10

**Freitag, 14. November,**

“Der Bremer Antifaschist”, kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind **Am Speicher XI Nr. 9**, 28217 Bremen, erreichbar.

**Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI**

Tel.: 0421/38 29 14 - Fax: 0421/38 29 18

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr

Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

**E-Mail: [bremen@vvn-bda.de](mailto:bremen@vvn-bda.de)**

**Internet: [www.bremen.vvn-bda.de](http://www.bremen.vvn-bda.de)**

**Internet: [www.kueste.vvn-bda.de](http://www.kueste.vvn-bda.de)**

Für unsere Unterstützung unserer Arbeit:

Die Sparkasse in Bremen

BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

**um 20:00 Uhr**

**“ANTISEMITISMUS UND GESCHLECHT”**

Vortrag mit A.G. Gender Killer im Infoladen, St. Pauli Straße 10-12

**Mittwoch, 19. November,**

**um 19:00 Uhr**

**“2 ODER 3 DINGE, DIE ICH VON IHM WEISS”**

Filmvorführung und Gespräch mit dem Regisseur Malte Ludin  
im Cinema Ostertor, Ostertorsteinweg 105

**Montag, 24. November,**

**um 16:00 Uhr**

**“ARCHIVGESPRÄCHE”**

Zu Gast: Dr. Katharina Rothe, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Uni. Leipzig  
Thema: Ein Blick in die Mitte - zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland  
Eine Studie der Universität Leipzig i.A. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Mai 2008

**Freitag, 28. November,**

**ab 18:00 Uhr**

**“SOLIDARITÄTSBASAR”**

Günther Pohl wird die politischen Veränderungen in den lateinamerikanischen Ländern beleuchten. Nachdem die Initiative Solidaritätsbasar dem kubanischen Volk 4.000 Euro Soforthilfe zur Beseitigung von Folgen des jüngsten Hurrikans überwiesen hat, sammelt sie nun Geld für verschiedene Projekte in von Hunger und Armut gezeichneten Regionen.

Ort: Stephani-Gemeinde, Faulenstraße.

**Freitag, den 28. November,**

**um 19:30 Uhr**

**“IM ZEICHEN DES OPFERS”**

Zum Stand der deutschen Vergangenheitsbewältigung  
Vortrag von Tobias Ebbrecht mit Filmbeispielen

Ort: Villa Ichon, Goetheplatz 4

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (382914 bzw. [bremen@vvn-bda.de](mailto:bremen@vvn-bda.de)) oder über Raimund Gaebelein (6163215 oder 0173-9350476) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

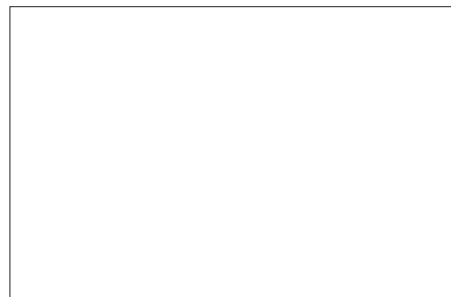
# Pastoren und Politiker

Krieg in Afghanistan. Sie gerieten in die Schlagzeilen, da sie auf Hochzeitsgesellschaften schossen und an Straßensperrern Frauen und Kinder töteten, also so genannte Kollateralschäden erzeugten. Die Mehrheit von unseren Bürgern ist gegen diesen Krieg und auch gegen den Einsatz der AWACS-Aufklärungsflugzeuge.

Dazu die gute Nachricht: 32 Bremer Pastorinnen und Pastoren forderten die Abgeordneten auf, im Bundestag am 07.10. zur Aufstockung von 3.500 auf 4.500 deutschen Soldaten und zur Verlängerung des Mandats nein zu sagen. Nur der Bremer MdB Axel Troost, parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion, „plädiert für einen sofortigen Abzug und sagt Finger weg von Afghanistan“ - so im Weser-Kurier vom 17. September.

Nun die schlechte: Die MdBs Bernd Neumann/CDU und Volker Kröning/SPD dagegen wollen den Krieg verlängern. Herr Kröning sogar bis in die Jahre 2013-18. Uwe Beckmeyer, SPD-Landesvorsitzender, und Marieluise Beck von den Grünen sind noch unentschlossen. Wir hoffen, dass sie sich dann wie einige andere MdBs ebenfalls wenigstens der Stimme enthalten haben.

**Ernst Busche**



Mich interessieren folgende Themen:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Rassismus
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Erinnerungsarbeit
- Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- Ich möchte den “Bremer Antifaschist” probeweise / regelmäßig beziehen.

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Bremen, den \_\_\_\_\_